

Schluß mit Propagandabriefen!

Eisenhower an Bulganin – Meinungs austausch in der Sackgasse

Washington/Paris (ap/dpa). In einem weiteren Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin hat Präsident Eisenhower eine Beendigung des in erster Linie propagandistischen Briefwechsels der Regierungschefs gefordert und gleichzeitig die Vorbereitung einer Ost-West-Konferenz durch „weniger formelle und weniger bekanntgemachte Kontakte“ befürwortet. Die Frage der Ost-West-Konferenz war auch das Hauptthema eines Briefes, den der französische Außenminister Pineau an seinen sowjetischen Kollegen Gromyko richtete. Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien stellte sich Pineau auf den Standpunkt, daß einer Konferenz der Regierungschefs unbedingt noch ein Treffen der Außenminister vorangehen müsse.

In seinem veröffentlichten Schreiben wiederholte Eisenhower seine Vorschläge, das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat zu begrenzen, ein Abkommen darüber zu schließen, daß der Weltraum nur friedlichen Zwecken dienen sollte und erneut die Regelung des Abrüstungsproblems durch die Beschränkung des Gebrauchs von spaltbarem Material für Waffen zwecke in Angriff zu nehmen.

Eisenhower versichert, daß er sich weiterhin um gute Beziehungen zur Sowjetunion bemühen werde, bezweifelt aber, ob „wir irgendwohin gelangen, wenn wir weiter einander Reden schreiben“. Beim wiederholten Lesen der drei letzten Bulganin-Botschaften könne er sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein anderer Weg als der der einfachen Verlängerung der öffentlichen Debatte mit ihrer Wiederholung der Argumente gefunden werden müsse. Das letzte Schreiben Bulganins erscheine nur wie „eine etwas abgekürzte und ge-

milderte Version der längeren und recht bitteren Rede, die Herr Chruschtschow am 22. Januar in Minsk hielt“.

„Weniger öffentliche Kontakte“

Eisenhower schlägt dem sowjetischen Ministerpräsidenten vor, die Sackgasse, in die der Gedankenaustausch geraten zu sein scheine, durch weniger formelle und weniger öffentliche Kontakte zu überwinden, wobei festgestellt werden könne, ob es eine Gipfelkonferenz geben könne, die Hoffnung auf die Förderung der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt biete. Ein Gedankenaustausch über die Botschafter oder Außenminister werde wahrscheinlich besser sein als das, was Chruschtschow in Minsk als „Polemiken“ unter Regierungschefs bezeichnet habe.

Der Präsident erklärt, die Absichten Bulganins seien ihm unklar. Er wirft ihm vor, für sich das Recht zu fordern, gegen die

Behandlung von Vorschlägen sein Veto einzulegen, die Eisenhower als für den Weltfrieden lebenswichtig erachte, während Bulganin von ihm die Bereitschaft fordere, über die von der Sowjetunion vorgeschlagenen zehn Themen zu sprechen. Eingehend beschäftigt sich Eisenhower mit den sowjetischen Anschuldigungen gegen Außenminister Dulles und betont, daß vor allem dieser an den vorbereitenden Arbeiten für die Gipfelkonferenz beteiligt sein müsse.

Weltraum für friedliche Zwecke

Besonders verweist der Präsident auf seine Forderung, daß der Weltraum nur friedlichen Zwecken dienen solle. „Es wäre tragisch, wenn die sowjetischen Führer blind oder indifferent gegenüber dieser Drohung (Benutzung des Weltraums für kriegerische Zwecke) wären, wie sie offenbar blind oder indifferent gegenüber der atomaren und nuklearen Bedrohung bei ihrem Beginn vor zehn Jahren waren.“

Eisenhower schlägt in seinem Schreiben außerdem vor, ganze Gruppen einflußreicher sowjetischer Persönlichkeiten nach Amerika reisen zu lassen, damit sie die Denkweise des amerikanischen Volkes und die Arbeitsweise seiner politischen Einrichtungen kennenlernen könnten. „Den meisten der sowjetischen Bürger, die einen Einfluß ausüben, ist unser Land fremd, von dem sie, wie ich es empfinde, völlig falsche Begriffe haben. Diese falschen Begriffe möchte ich im Interesse besserer Beziehungen berichtigt sehen.“

Im Vorstadium

DT. Zwar ist noch nicht zu erkennen, wie die Gipfelkonferenz durchgeführt wird, aber daß sie sich nähert, ist nicht mehr zu bezweifeln. Die diplomatische Aktivität kann bereits als Vorbereitung der Konferenz angesehen werden, oder genauer gesagt: als Vorbereitung der Vorbereitung. So schwierig ist dieses Unterfangen. Die Sowjets sind es, die diese Situation auf verdächtige Weise komplizieren. Statt sich mit dem normalen Gang einer vorbereitenden Außenministerkonferenz einverstanden zu erklären, lehnen sie diese ab, weil sie angeblich den US-Außenminister Dulles nicht dabei haben wollen. Sie genießen sich nicht, damit einen wenig guten Willen zu bekunden, weisen andererseits aber auch keinen klaren Weg, um sicher zu einer Gipfelkonferenz zu gelangen, die mehr wird als Propaganda und als Rederei.

Wenn man in Moskau auf Meinungsverschiedenheiten in Washington spekuliert haben sollte, auf Gegensätzlichkeiten innerhalb des Außenministeriums und speziell in der Abrüstungsfrage (um die es ja primär auf der Gipfelkonferenz gehen soll), so hat sich das als Fehlspekulation erwiesen. Solche Gegensätzlichkeiten haben sogar mit Bestimmtheit während der Londoner Abrüstungskonferenz bestanden. Aber soeben ist Harold Stassen, lange Zeit Stein des Anstoßes wie auch Hoffnung derer, die auf ihn setzten, ohne indessen Amerikaner zu sein, zurückgetreten. Das bedeutet, daß er sich jetzt auf amerikanische Innenpolitik konzentrieren muß, um als Gouverneur von Pennsylvania überhaupt gewählt zu werden, wenn er, ehrgeizig, über diesen provinziellen Umweg wieder ins Gespräch als Kandidat für die Präsidentenwahlen von 1960 kommen will. Es bedeutet jedenfalls auch, daß er an einer künftigen Gipfelkonferenz nicht maßgeblich beteiligt sein wird, auch nicht an einer Vorkonferenz.

Damit aber hat sich die Linie Dulles durchgesetzt. Die Sowjets müssen mit ihm rechnen. Ihr Ansinnen an Eisenhower war ohnehin unzumutbar, einen Außenminister fallenzulassen, weil er Moskau nicht gefällt. Die Sowjets haben eine Schlappe erlitten in dem Bestreben, diese vorkonferenzliche Zeit für eigennützliche Zwecke auszunutzen, statt sie dem Gelingen der Konferenz nutzbar zu machen. An dieser Feststellung ändert auch der neue Vorschlag des soeben zurückgetretenen Stassen nichts, die Gipfelkonferenz „paritätisch“ zwischen Ost und West durchzuführen, durch Hinzuziehung von zwei Ostblockstaaten. Dieser Vorschlag, der Moskau gefallen müßte, kommt jetzt von einem Privatmann, der damit aber immerhin die Originalität seines Denkens erneut beweist, — eine Originalität allerdings, die in Amerika zu intellektuell, zu individualistisch und damit zu verdächtig erscheint.

Eisenhower hat also darauf verzichtet, seinen mit dem sowjetischen Gesprächspartner so erfahrenen Berater Stassen in die Konferenzvorbereitungen einzuschalten. Ob Stassen ein Gipfeltreffen erleichtert oder kompliziert hätte, kann und braucht nun nicht mehr gesagt zu werden. Eisenhower bevorzugt das einfache, geradlinige Vorgehen, wie sein Antwortbrief an Bulganin beweist. Abwehr der Polemik gegen Amerika, Klage über konstruierte Mißverständnisse, Unwillen über böartige Behauptungen Bulganins und ein fast beschwörender Appell, endlich doch Vernunft anzunehmen, — das mag einfältig anmuten, weil es den Sowjets wenig ausmacht, sich auf diese Weise den Kopf waschen zu lassen, doch in Amerika wird diese Sprache am besten verstanden. Eisenhowers Beitrag für die Vorbereitung der Gipfelkonferenz ist ein neuer Vorschlag an Moskau, das absichtliche Mißverstehen und seine propagandistische Auswertung endlich zu unterlassen. Es ist dies die notwendige Voraussetzung nicht nur für die Gipfelkonferenz

selbst, sondern schon für die vorbereitenden Verhandlungen auf den „normalen Kanälen“, die trotz allem aus der jetzigen Sackgasse führen sollen.

Die Frage ist, ob die neue polnische Aktivität zur Durchsetzung des Rapacki-Planes von gleichen Grundgedanken getragen wird. Sie über diesen Plan vor dem Gipfeltreffen in unteren Instanzen zu einigen, ihn zu akzeptieren oder zu verwerfen, ist kaum denkbar, da ihn die Sowjets unterstützen und sicherlich zu einem Punkt der großen Tagesordnung machen dürften. Sie werden das um so eher versuchen, als er ihnen natürlich Vorteile bieten würde, weil durch den Rapacki-Plan in seiner bisherigen Form sich strategisch das amerikanisch-sowjetische Gleichgewicht in Europa zugunsten der Sowjets verändern würde. Wenn Polen jetzt sogar besonders betont, daß die atomwaffenfreie Zone auch frei bleiben soll von Raketenabschlußrampen, so verträgt sich das zu auffällig mit der sowjetischen Militärpolitik; diese wirksame Waffe der Amerikaner soll ausgeschaltet bleiben, denn sie würde sich zwar nicht gegen Mitteleuropa, wohl aber gegen das Sowjetgebiet richten. Die Meinung, daß der Rapacki-Plan auch im natürlichen Interesse Polens liegt, wird durch die neuen polnischen Kontrollvorschlüsse gestärkt, wobei außerdem durch einseitige Erklärungen der beteiligten Länder die Unmöglichkeit einer Pakt-Gemeinsamkeit zwischen Pankow und Bonn umgangen werden soll. Sehr bedenklich bleibt, daß der Rapacki-Plan dem politischen Unsicherheitsfaktor in Mitteleuropa aus dem Wege geht, weil er die bleibende Spaltung Deutschlands voraussetzt. Die Aktivität Warschau für eine Lösung des mitteleuropäischen Problems ist für Deutschland so lange fragwürdig, wie sie das eigentliche Kernproblem der Spaltung negiert. Diese Haltung bleibt befremdend und ist nicht einfach mit „polnischen Schwierigkeiten“ abzutun. Denn gerade Polen hat doch aus seiner Geschichte die Unerträglichkeit willkürlicher Länderteilungen erfahren.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Atheistischer Unterricht ist Pflicht

... aber „religiöse Gefühle sollen nicht verletzt werden“

Berlin (dpa). Der Kampf gegen die christliche Kirche, den auch die Sowjetzonen-Staatsjugendorganisation FDJ führt, wird durch einen Artikel in der neuesten Nummer des FDJ-Zentralorgans „Junge Welt“ illustriert. Darin heißt es, es bestehe selbstverständlich für keinen jungen Christen Veranlassung, aus der FDJ auszutreten. Die christlichen Mitglieder müßten nur zur „Erweiterung ihres Gesichtskreises“ an den Schulungsabenden teilnehmen und „neue Schlußfolgerungen“ ziehen.

Der dialektische Materialismus, den die FDJ vertritt, schließe die wissenschaftliche Erkenntnis ein, „daß es kein höheres Wesen, keinen Gott gibt“. Selbstverständlich, so beteuert das Blatt, werde in der

FDJ jedoch niemand in seinem religiösen Gefühl verletzt werden.

Lohnabzüge für Jugendweihe

Die Jugendweihe in der Zone soll nach einem neuen Plan, wie jetzt in Ostberlin verlautet, finanziell durch „freiwillig vereinbarte“ Lohnabzüge in Höhe von 1,5 Prozent der Löhne und Gehälter gefördert werden. Entsprechende Betriebskollektivverträge sollen in einzelnen Betrieben bereits abgeschlossen sein.

Die Mitglieder der Plankommission

Das Presseamt beim Sowjetzonen-Ministerpräsidenten gab am Mittwoch die Namen der Mitglieder der neuen „staatlichen Plankommission“ der Sowjetzone bekannt. Nach der Verabschiedung des Gesetzes über die „Vereinfachung des Staatsapparats“ ist sie als zentrales Organ für die Planung und Leitung der gesamten Volkswirtschaft der Zone verantwortlich.

Unter den zwölf regulären Mitgliedern der Kommission befinden sich fünf bisherige Sowjetzonenminister, deren Ministerien jetzt aufgelöst wurden. Außerdem gibt es fünf zusätzliche Kommissionsmitglieder, zu denen der Sowjetzonen-Handelsminister Heinrich Rau, der Finanzminister Willi Rumpf sowie der bisherige Arbeitsminister Friedrich Macher zählen.

Die bisherigen Minister Richard Goschütz (Kohle und Energie), Kurt Westphal (Lebensmittel-Industrie), und Erich Apel (Schwermaschinenbau) wurden nicht in die neue Kommission berufen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

„Arabische Föderation“ proklamiert

Irak und Jordanien schlossen sich zusammen

Amman (dpa). Zwei Wochen nach der Bildung der Arabischen Republik durch Ägypten und Syrien haben sich auch der Irak und Jordanien zu einem neuen Staatswesen, der Arabischen Föderation, zusammengeschlossen. Durch diese Föderation, die König Feisal vom Irak und König Hussein von Jordanien in der jordanischen Hauptstadt Amman proklamierten, wird die Zugehörigkeit des Irak zu dem umstrittenen Bagdadpakt vorerst nicht betroffen.

Oberhaupt des neuen Staates wird König Feisal sein. In seiner Abwesenheit wird König Hussein diesen Posten übernehmen. Jeder König wird seine konstitutionellen Rechte in seinem Reich ausüben. Wenn ein weiterer Staat der Föderation beitrifft, soll die Frage des Staatsoberhauptes überprüft werden. Hauptstadt des Bundesstaates werden jeweils für sechs Monate Bagdad und Amman sein.

Der Irak und Jordanien wollen ihre Außenpolitik, ihre diplomatischen Vertretungen im Ausland, ihre Armee, ihre Zollgesetze und das Erziehungswesen vereinheitlichen. Beide Staaten wollen ferner sobald wie möglich Maßnahmen zur Vereinheitlichung ihrer Währung und zur Koordinierung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik beschließen. Internationale Verträge, Bündnisse und Konventionen, die einer der beiden

Staaten vor Bildung der Föderation unterzeichnet hat, binden nicht den anderen Staat.

In der neuen Arabischen Föderation leben 6,5 Millionen Menschen — fünf Millionen im Irak und 1,5 Millionen in Jordanien.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens erklärten die beiden Könige, der Tag der Proklamation des neuen Staates sei der glücklichste Augenblick in ihrem Leben. König Hussein sagte: „An diesem Tage richten wir unsere Herzen nach Palästina und versprechen vor Gott, weiterhin dafür einzutreten, daß wir die von dem Feind gestohlenen Rechte wiedererlangen.“

Wieder US-Hilfe für Polen

Washington (dpa). Im US-Außenministerium wurde ein Abkommen unterzeichnet, das eine Wirtschaftshilfe für Polen in Höhe von 98 Millionen Dollar vorsieht. 78 Millionen dieser Summe sind für den Ankauf von überschüssigen amerikanischen Agrarprodukten bestimmt.

Im Sommer letzten Jahres hatten die USA Polen bereits 95 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt. Das neue Abkommen blieb weit hinter den Erwartungen der Polen, die mit einem Kredit bis zu 200 Millionen Dollar gerechnet hatten, zurück.

Streit im Ost-Wirtschaftsrat

Die Sowjetunion erfüllt ihre Versprechen nicht

Berlin (Eigenbericht). Im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten ist es in letzter Zeit zu zahlreichen Streitigkeiten wegen der Wirtschaftskoordination und nicht erfüllten Lieferungsverpflichtungen der Sowjetunion gekommen. In zwei Konferenzen, die in Prag und in Ostberlin stattfanden, wurden zum erstenmal heftige Angriffe dagegen gerichtet, daß Moskau seine Versprechungen vielfach nicht eingehalten und damit erheblich zu erhöhten Planungsschwierigkeiten der einzelnen Satellitenstaaten beigetragen hat.

Bei einer in Ostberlin abgehaltenen Sitzung der „Sektion Wälzlager und Normteile im Fachausschuß Maschinenbau“ des Rates, deren ständiger Vorsitzender der stellvertretende Minister für Maschinenbau Alfred Böhm (SED) ist, zeigten sich, wie ein nach Westen geflüchteter leitender Funktionär des Ministeriums berichtete, diese Gegensätze am schärfsten. Dabei kam es nicht nur zur Kritik an der UdSSR, sondern auch zu lebhaften Vorwürfen aller gegen alle, die ein Bild der allgemeinen Fehlplanungen enthüllten.

Pankow ist das Soll zu hoch

Zunächst verlangte die Sowjetzonenregierung eine Herabsetzung des von ihr an die Ostblockstaaten zu liefernden Solls an Wälzlager und Normteilen in Höhe von 1,5 Millionen Stück. Sie erklärte sich außerstande, die ihr vorgeschriebenen Quantitäten zu liefern und kürzte ihre Planung drastisch. Dies löste sofort den gemeinsamen Protest der Sowjetunion, Ungarns, Polens, Bulgariens und Rumäniens aus. Die Sowjetunion ihrerseits wurde sodann von Polen, Ungarn und der Sowjetzone heftig kritisiert, weil ihre Lieferungen nicht den speziellen Bedürfnissen der einzelnen Staaten entsprächen. Die sowjetische Delegation versuchte ihre Versäumnisse damit zu entschuldigen, daß sie erklärte, die russische Produktion an Wälzlager und Kugellagern sei zu umfangreich. Sie bestche zu einem erheblichen Teil aus Typen, die für die anderen Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nicht zu verwenden seien. Bezeichnenderweise wurden diese Angriffe von den Ostblock-Delegierten aber nur mündlich vorgetragen. Man hütete sich davor, die Be-

schwerden auch in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen.

Fest steht, daß die Sowjetzone ihrerseits 1957 nicht in der Lage war, ihren Exportplan in Kugel- und Wälzlager zu erfüllen. Das gleiche galt für die Tschechoslowakei. Beide Länder wurden deshalb auf der letzten Konferenz aufgefordert, ihre Produktion schleunigst zu erhöhen. Hierzu müßten aber die entsprechenden Fabriken, die im Gebiet von Leipzig liegen, in einer Weise ausgebaut werden, wie es im Augenblick angesichts der Schwierigkeiten im zonalen Baugewerbe nicht möglich ist. Im ganzen handelt es sich hierbei um eine Produktionslücke von 300 000 bis 400 000 Stück.

Erhebliche Einwände wurden auf den gleichen Konferenzen auch gegen die Quantität der polnischen und rumänischen

Kugellagerproduktion erhoben. Rumänien verfügt zwar über moderne Maschinen in erst nach dem Krieg erbauten Fabriken. Es herrscht jedoch ein großer Mangel an gelehrten Arbeitskräften, so daß der Ausschuß bei der rumänischen Produktion außerordentlich hoch ist.

Man versucht zu „mogeln“

Noch eine andere Erscheinung war bei den letzten Beratungen des östlichen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bemerkenswert: Alle Satellitenstaaten versuchen ihre für den Ostblock bestimmten Exportquoten sofort einzuschränken, wenn sie Chancen für Ausfuhren nach dem Westen oder in asiatische Länder zu besseren Bedingungen sehen. Teilweise verheimlichen oder tarnen sie diese Geschäfte sogar gegenüber den anderen Mitgliedstaaten des Rates. Es werden alle nur erdenklichen Kniffe angewandt, um die wahren Zahlen zu verschleiern. Die Tschechoslowakei überraschte die Konferenz sogar mit der offenen Mitteilung, sie werde dreißig Prozent des planungsmäßig für die Satelliten bestimmten Exports an Kugellagern im ersten und zweiten Vierteljahr 1958 nicht liefern. Ein ähnlicher Antrag der Sowjetzone wurde dagegen abgelehnt.

Warschau wendet sich an Bonn

Zweiseitige Verhandlungen über Rapacki-Plan vorgeschlagen

Bonn (Eigenbericht/ap/dpa). Die polnische Regierung hat der Bundesregierung zweiseitige Verhandlungen über die Einrichtung einer kontrollierten atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nach dem Plan des polnischen Außenministers Rapacki vorgeschlagen. Da Bonn keine offizielle diplomatische Vertretung in Warschau hat, geht die polnische Regierung den Weg über Stockholm. Das polnische Schreiben erregte in Bonn Aufsehen und lebhaftes Interesse. Es war das erstmal, daß die polnische Regierung sich in dieser von propagandistischen Zwecken freien Weise an Bonn wandte. Ein Regierungssprecher sagte eine aufmerksame Prüfung zu. Jedoch ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Bundes-

regierung sich auf zweiseitige Verhandlungen mit Warschau über den Rapacki-Plan einlassen wird, da die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone als Problem des atlantischen Bündnisses betrachtet wird. Die Einzelheiten des polnischen Memorandums über die Kontrolle einer atomwaffenfreien Zone erscheinen interessanter, weil sie einmal auf eine polnisch-russische Verständigung zurückzuführen scheinen und zum anderen die Möglichkeit angedeutet wird, den Rapacki-Plan ohne Anerkennung der Sowjetzonenregierung zu verwirklichen. Es wird in Bonn als bemerkenswert empfunden, daß die polnische Regierung sich über diesen Punkt über die Interessen Pankows hinwegzusetzen scheint.

Kulturbund auf Vordermann gebracht

SED machte kurzen Prozeß: anderer Name und neuer Präsident

Berlin (Eigenbericht). „Für eine sozialistische deutsche Kultur, für den neuen, den sozialistischen Humanismus“ — diese über dem mit weißen Flieder geschmückten Podium im Kulturraum des VEB Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh angebrachte Losung schaute auf die dort vom 7. bis 9. Februar versammelten rund 700 Delegierten und Gäste des V. Bundestages des sowjetzonalen Kulturbundes herab. Diese Losung verkündete unmißverständlich, worum es bei dieser Veranstaltung ging, die ursprünglich schon zwei Monate früher in Leipzig hatte stattfinden sollen.

Bereits vorher hatten die verantwortlichen Kulturfunktionäre keinen Zweifel an der Absicht gelassen, daraus einen Wendepunkt in der Entwicklung der heute über 180 000 Mitglieder zählenden „Massenorganisation“ zu machen. Auch der Kulturbund sollte wie die anderen bislang formell noch als überparteilich firmierten Massenorganisationen auf eine sozialistische Orientierung, wie sie die SED versteht, festgelegt werden. Diese Zielsetzung bestimmte den Verlauf des V. Bundestages, der sich dadurch von dem vorangegangenen, im Februar 1954 in Dresden abgehaltenen, unterschied.

Damals hatte man sich noch, getreu den Gründungsparolen von 1945, zu einem „freien humanistischen Geist“ bekannt und Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands, vor allem auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet, befürwortet. Wegen des Schweigens über die „bewußtseinsbildende Rolle der Kultur“ und die „Aufgaben des Kulturbundes beim Aufbau des Sozialismus“ kritisierte jetzt das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ jene Tagung und die Haltung des Kulturbundes in den letzten Jahren.

Das „liberale“ Sorgenkind

Tatsächlich bereitete der Kulturbund von allen Massenorganisationen der Partei immer die meisten Sorgen. Nach dem 17. Juni 1953 trat er als erster

mit detaillierten Vorschlägen hervor, die größere Freiheit für Kunst und Wissenschaft forderten. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU waren es wieder Organe des Kulturbundes, die sich am nachdrücklichsten für eine gewisse Liberalisierung in der Zone einsetzten. Die Wochenzeitung des Kulturbundes, „Sonntag“, wurde zum Sprachrohr dieser Bestrebungen, und ihre beiden leitenden Redakteure Zöger und Just erhielten deshalb im vergangenen Jahr Zuchthausstrafen. Hier und in dem gleichfalls dem Kulturbund unterstehenden Aufbau-Verlag, dessen Leiter Walter Janka auch der Prozeß gemacht wurde, lag das Zentrum der Harich-Gruppe. Es soll sogar Versuche des Kulturbundes gegeben haben, nach Budapester Muster „Petöf-Abende“ durchzuführen, d. h. freie öffentliche Diskussionen über politische Probleme.

Genosse Hager stellte einst fest...

Zu Beginn des Jahres 1957 war die SED zur Gegenoffensive übergegangen. Das 32. Plenum des ZK der SED befaßte sich dann im vergangenen Juli eingehend mit der Lage im Kulturbund, und ZK-Sekretär Hager hatte festgestellt, daß die politische Führung durch die Partei nicht mehr gewährleistet sei und sich in einigen Kulturbund-Organisationen und Klubs der Intelligenz „eine Atmosphäre des politischen Neutralismus und der ideologischen Koexistenz“ ausgebreitet habe. Besonders beunruhigt hatte sich Hager über die Haltung der dem Kulturbund angeschlossenen verschiedenen Interessengruppen gezeigt, die sich in zunehmendem Maße selbständig gemacht und sich herzlich wenig um die politischen Direktiven von oben gekümmert hätten. Den Natur- und Heimatfreunden warf Hager bewußt vor, in verschiedenen Bezirken die Pflege bzw. Wiedererrichtung von Kriegerdenkmälern gefordert zu haben. Die Fotofreunde von Dresden, Leipzig und Chemnitz hätten sich auf einer Ta-

gung geweigert, einen Aufruf zu den sogenannten Volkswahlen im vergangenen Juni anzunehmen, und mehrere Tauchergruppen wollten nicht zur GST, hätten aber „zweifelhafte Verbindungen zum Westen“. Die Philatelisten schließlich hätten sich durch „Diskussionen über den Tausch von Nazimarken“ verdächtig gemacht.

... und die Ausrichtung begann

Diese Kritik war das Startzeichen für selbstkritische Auseinandersetzungen innerhalb des Kulturbundes, dessen Bezirksleitungen nun ihrerseits ein Abstellen der berühmten Mängel forderten. In einer für andere, im gleichen Sinne abgefaßten Verlautbarungen typischen Entscheidung der Bezirksleitung Leipzig hieß es beispielsweise, es sei nicht länger zu verantworten, daß „kulturpolitisch und wissenschaftlich mangelhafte Vorträge und Veranstaltungen“ durchgeführt würden, deren „historische und gesellschaftskritische Aussage mangelhaft oder falsch“ sei. Die in der Sowjetzone bestehenden 55 Klubs der Intelligenz mit ihren 7240 Mitgliedern wurden im vergangenen September dem Kulturbund unterstellt und für ihre Tätigkeit neue Grundsätze formuliert, die die Verpflichtung zur sozialistischen Orientierung der Klubarbeit enthalten.

Becher schimpfte und trat ab

Der Minister für Kultur, Johannes R. Becher, Präsident des Kulturbundes seit dessen Gründung, präzisierte jetzt diese Aufgaben in seinem Referat auf dem V. Bundestag und rechnete noch einmal scharf ab mit dem unter zahlreichen Künstlern und Schriftstellern der Zone verbreiteten Neutralismus. Becher trat damit zum ersten Male seit Monaten, in denen seine Haltung während der Ungarnkrise und gegenüber oppositionellen Strömungen unter den sowjetzonalen Intellektuellen verschiedenen Angriffen ausgesetzt war, mit einer größeren Rede an die Öffentlichkeit.

Zwischen Elbe und Oder:

„BIWA“ für Jugendweihe und Konfirmation

Aufzeichnungen über Stimmungen und Erzeugnisse in der Zone

Berlin (Eigenbericht)

Immer wieder hört man von Besuchern und Flüchtlingen aus Mitteleuropa die Feststellung: „Wenn nur die Politik nicht wäre, ließe es sich schon aushalten. Ohne diesen verstärkten politischen Druck hielten wir es noch aus, aber so geht es nicht weiter.“

BAUTZEN

Hausvertrauensleute erhalten Vollmachten. Neugeordnet wurde die „rechtliche Stellung und die Arbeitsweise“ der Hausvertrauensleute. Regelmäßig sollen Versammlungen, Aussprachen und Diskussionen durchgeführt werden. Gesprächsthema Nr. 1: Die neuen Beschlüsse des Politbüros und der Volkskammer. Auf den Einladungen steht: Diskussion über die Verteilung des Kellerraumes, über die Treppenbeleuchtung und Renovierung der Wohnungen. Diese praktischen Fragen stehen jeweils am Schluß. Neun Zehntel dieser Zusammenkünfte sollen vom Marxismus - Leninismus ausgefüllt werden.

PRIEROS/Mark

Vorbild für Westdeutschland. Franz Dahlem, jetzt im Staatssekretariat für das Hochschulwesen der Zone tätig, hielt in Prieros in der Mark eine Sitzung der Studentenkommision des Zentralrats der FDJ ab. Auf dieser Tagung erklärte Dahlem, es käme nur auf die politisch-ideologische Offensive an. Der Marxismus-Leninismus müsse zum Pflichtunterricht für jeden Studenten werden. Die bürgerliche Ideologie sollte in einem wissenschaftlichen Meinungsstreit überwunden werden, damit die Arbeiter- und Bauernmacht eine Anziehungskraft auf die Bevölkerung Westdeutschlands ausübe. Dahlem kritisierte die 45 000 Studenten und 31 500 Fachschüler, die sich nicht am Arbeitseinsatz beteiligt haben und verdammte alle diejenigen, die eine Flucht nach dem Westen mit „mensch-

lichen Motiven“ oder „Kurzschlußreaktion“ bezeichneten.

HALLE

Die ärztliche Versorgung gefährdet. In einem Monat haben sieben Gemeinden im Bezirk Halle ihren Arzt verloren. Trotz guter materieller Bedingungen verließen die Ärzte ihre Praxis. Als Grund gaben sie an: Schwierigkeiten mit den staatlichen Behörden, das Aktionsprogramm gegen die Medizinern und Auseinandersetzungen über die Erziehung ihrer Kinder.

Das Rote Kreuz erfüllte Soll. Als Sollerfüllung wurden die Einsätze des Roten Kreuzes bezeichnet. Die SED-Zeitung „Freiheit“ meldete: Im vergangenen Jahr fuhren die bekannten Krankentransportwagen 757 650 Kilometer und transportierten dabei in 22 965 Einsätzen 63 366 Personen.

Nichts für Studenten. In Oldensleben im Kreis Artern im Bezirk Halle verließen Studenten ihren Arbeitsplatz. Sie sollten Flutgräben reinigen. Von 350 gemeldeten Einsatzwilligen kamen nur 190 Studenten in Oldensleben an. Davon fuhren 112 am nächsten Tag wieder ab. Die Studenten werden jetzt gemäßregelt: Entweder Arbeitseinsatz beim Aufbauwerk in Halle oder Stipendientzug.

ROSTOCK

Immer für den Staat. In der Ostseezeitung werden Hausfrauen und Werktätige aufgefordert, die Listen für die Kandidaten für die Wahl der Schöffen einzusehen, an Einwohnerversammlungen teilzunehmen, sich am Landsonntag zu beteiligen, freiwillige Aufbauschichten für den Überseehafen zu leisten, die Aktion „Blitz contra Wattfuß“ zu unterstützen, Aussprachen über das 35. Plenum des ZK der SED zu führen. Unterschriften für eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu sammeln und am Parteilohrgang teilzunehmen. „Und wann sollen wir arbeiten?“ fragt man scherzhaft untereinander.

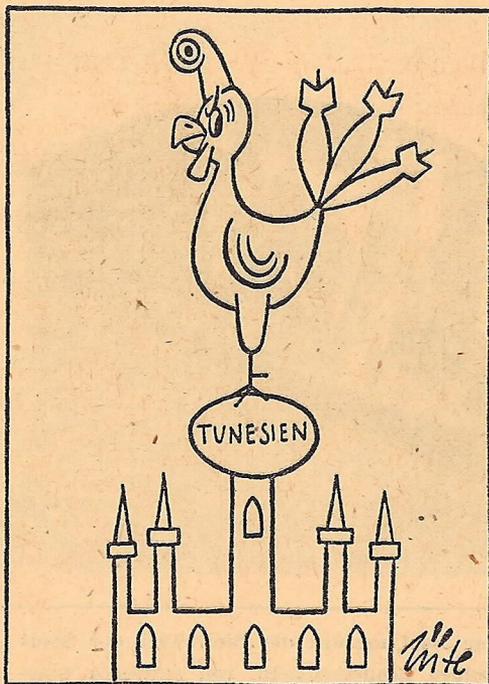
Wettbewerbe zum V. Parteitag. Das Ziel der FDJ in Rostock zum SED-Parteitag im Juni wurde bekanntgegeben: 20 000 Tonnen Feldsteine für den Überseehafen sollen gesammelt werden. Heute und morgen findet der erste Großeinsatz statt, an dem sich die SED-Pimpfe verpflichten mußten, mindestens 20 Feldsteine in Kopfgröße pro Person zu sammeln. Betriebsleiter müssen den Abtransport der Feldsteine nach Warnemünde organisieren.

CHEMNITZ

Diskussion um Kinderspielzeug. Die SED-Zeitung Volksstimme führt ein Gespräch über Spielzeug für Kinder. Leser schreiben, sie seien entsetzt, daß die Produktion Rohstoffe für solchen Plunder wie für Wasserpistolen bekommt. Die Herstellung von Wasserpistolen sei ein Rückfall in den Kapitalismus. Man solle Spielzeugkommissionen bilden, damit man Schalter und Steckdosen produziere. Solange es an den Gütern des täglichen Bedarfs fehle, könne man keine Wasserpistolen produzieren. Die Kinder, die gern schießen wollen, sollen das in der Pioniergruppe tun.

Von Glinka bis Frank. Starkes Interesse fand ein literarischer Abend über die Meistererzählung von Leonard-Frank „Karl und Anna“. In Lichtbildervorträgen zeigt man Schönheiten der kaukasischen Bergwelt, der grusinischen Schwarzmeerküste und der Hohen Tatra. Anlässlich des 100. Todestages des russischen Komponisten Maichail Glinka fanden musikalische Feierstunden statt.

Koexistenz? In einem Inserat der Chemnitzer Volksstimme heißt es wörtlich: „Preisgünstige Angebote für Jugendweihe und Konfirmation, Burshenanzüge ab 40,— DM, Mädchenkleider ab 15,— DM, Mädchenmäntel ab 40,— DM, Konsum-Kaufstätte des Friedens.“ Das ganze firmiert unter BIWA-Neueingänge. BIWA heißt billige Waren.



„Der gallige“ Hahn

Lemmer antwortet Ulbricht

München (dpa). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, hat in einer Antwort auf das Interview der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem ersten SED-Sekretär Walter Ulbricht die von der DDR-Regierung propagierte Idee einer Konföderation zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik mit der Feststellung beantwortet, eine Konföderation setze die Verbindung von gleichem mit gleichem voraus. Der entscheidende Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone sei aber, daß die Zone keine demokratische Legitimation habe.

Sehr lebhaft sprach sich Lemmer erneut für die Förderung technischer und menschlicher Kontakte zwischen den Teilgebieten aus und meinte, er könne sich vorstellen, daß Ulbricht vor der Belegschaft eines von ihm frei ausgesuchten Unternehmens im Ruhrgebiet spreche. Als „Gegenleistung“ würde Lemmer vor der Belegschaft eines großen Betriebes in der Sowjetzone sprechen wollen.

Auf die Frage, ob die Bundesrepublik in einer Situation, in der eine Verständigung der vier Mächte völlig aussichtslos wäre, von ihrer bisherigen Haltung zu den Machthabern der Sowjetzone abgehen könne, sagte Lemmer: „Ich sehe dafür leider keine Möglichkeit.“

Also Diplomatie

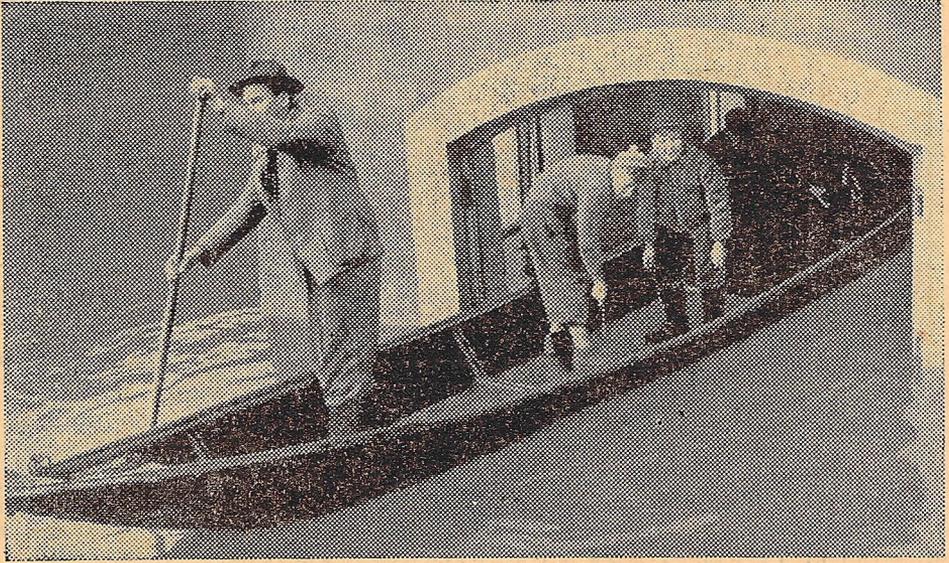
DT. Entgegen aller landläufigen Meinungen hat sich der amerikanische Außenminister Dulles als ein beweglicher und keineswegs starrer Politiker erwiesen. Er erklärte bei seiner gewohnten, aber diesmal sehr umfangreichen Besprechung mit der in Washington vertretenen Presse, daß die USA nicht mehr eine Außenministerkonferenz vor einer sogenannten Gipfelkonferenz zwischen Ost und West für notwendig hielten. Das sieht nach einem Entgegenkommen gegenüber einer sowjetischen Forderung aus, die der russische Ministerpräsident Bulganin in seiner letzten Botschaft an den Präsidenten Eisenhower Anfang Februar erhoben hatte.

In dem verwirrenden Durcheinander des Notenkrieges zwi-

schen Ost und West spielt der Streit um die Methoden eine immer größere Rolle. Der Westen forderte bisher als Antwort auf den sowjetischen Wunsch nach einem baldigen Zusammentreffen der verantwortlichen Männer im Osten und Westen, einer sogenannten Gipfelkonferenz, eine gründliche Vorbereitung durch eine Außenministerkonferenz und durch die gewohnten diplomatischen Kanäle. Moskau dagegen lehnte eine Außenministerkonferenz ab, ohne diplomatische Vorbereitungen von vornherein abzulehnen. Es gehört zu den Geschicklichkeiten der westlichen Diplomatie, daß sie sich nicht durch den Methodenstreit einfangen ließ. Wenn Dulles, dem das ganze Mißtrauen der Moskauer Machthaber gilt, jetzt klarmacht, daß

auch die diplomatischen Kanäle der Aufsicht der Außenminister unterstehen, so hat er mit einer ironischen Wendung das sowjetische Argument überspielt, das in der letzten Note Bulganins an Eisenhower gerade ihm gegenüber geäußert wurde.

Bulganin hatte in seiner letzten Note abgelehnt, die deutsche Frage überhaupt zu erörtern. Inzwischen hat sich Bonn, wenn nicht offiziell, so doch unüberhörbar, durch den Vorschlag Gerstenmaiers, die deutsche Einheit jetzt durch Erörterung eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland wieder auf die internationale Ebene zu bringen, wieder eingeschaltet. Wenn das gelingt, so wären die deutschen Hoffnungen auf eine diplomatisch befriedigende Vorbereitung der in Aussicht stehenden Gipfelkonferenz durchaus erfüllt.



BILDER DER WOCHE: Oben: Mit dem Boot mußten die Einwohner der Stadt Passau, die nach der plötzlich einsetzenden Schneeschmelze von schweren Überschwemmungen heimgesucht wurde, ihre vom Hochwasser bedrohten Wohnungen verlassen. — Unten: Drei Rückkehrer des Spezialistentransports aus der Sowjetunion kamen nach Westberlin. Der Kater reiste von Moskau nach Schöneberg mit.

